

**Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner NRW**  
c/o DFG-VK NRW Braunschweiger Str.22 44145 Dortmund  
[dfg-vk.nrw@t-online.de](mailto:dfg-vk.nrw@t-online.de) 0231 / 8180 –32 (fon), -31 (fax)

## **Presseinformation**

### **15. MAI: TAG DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG**

Kriegsdienstverweigerer müssen in der EU politisches Asyl erhalten!

Mit Veranstaltungen und Aktionen wird am Tag der Kriegsdienstverweigerung, am 15. Mai, weltweit auf die Situation von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aufmerksam gemacht. Während hierzulande auch für Soldatinnen und Soldaten die legale Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung besteht, ist Kriegsdienstverweigerung in vielen anderen Ländern nicht möglich. Kriegsdienstverweigerer müssen vielmehr mit harten Strafen rechnen.

Kriegsdienstverweigerung ist bis heute hochaktuell. „Junge Männer und Frauen in Kriegs- und Krisengebieten, wie in Syrien, Eritrea oder Somalia verweigern den Kriegsdienst und fliehen nach Europa. Von der EU ist Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht anerkannt, Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigererinnen müssen deshalb in der EU Asyl erhalten“ fordert Hannelore Tölke, Landesprecherin der DFG-VK NRW

Bereits seit 1921 organisieren die War Resisters' International Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer weltweit. Im ersten Weltkrieg verweigerten Tausende junger Männer den Kriegsdienst – allein in England waren es rund 16.000. Viele nahmen Gefängnisstrafen oder Arbeitslager auf sich. Nach dem 1. Weltkrieg entstand eine politische Bewegung, die Kriegsdienstverweigerung nicht nur als individuelle persönliche Entscheidung sah, nicht zu töten, sondern die die Verweigerung des Kriegsdienstes als politisches Instrument der Kriegsverhinderung ansah.

2014 und 2015 ist eine große Zahl von Wehrpflichtigen aus der Ukraine geflüchtet. Ihre Gründe sind unterschiedlich, viele wollen nicht in einem Krieg gegen ihre eigenen Nachbarn eingesetzt werden. Sie gehen ins Ausland, nach Polen oder Ungarn. Nach Informationen des Russischen Migrationsdienstes halten sich zudem über eine Million Ukrainer im wehrpflichtigen Alter in Russland auf. Nur wenige Ukrainer verweigern offen den Kriegsdienst. Kriegsdienstverweigerern drohen Haftstrafen von 2 bis 5 Jahren. Inzwischen wurden mehr als 1.300 Strafverfahren gegen insgesamt rund 7.500 Personen in der Ukraine eingeleitet und auch die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung soll zukünftig strafrechtlich verfolgt werden.

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW wird am 18. Juni auf einer Veranstaltung in Essen über die Situation der Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine ausführlich berichten.

#### *Pressekontakt:*

*DFG-VK NRW, Joachim Schramm, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon: 0231-81 80 32, Mobil: 0157/73729115*

*Email: [dfg-vk.nrw@t-online.de](mailto:dfg-vk.nrw@t-online.de)*